

während des Nationalsozialismus. Aus Nah- und Fernsichten werden Kontinuitäten, Brüche, zeitgleiches Verdrängen und Zeitstau im Material sichtbar gemacht und damit aktuelle Tendenzen der Holocaustforschung<sup>2</sup> auf das Thema ‚Nationalsozialismus und Geschlecht‘ übertragen. Verbindend zwischen den als deutsch kategorisierten Frauen war demnach die Geschlechterideologie, die die Nationalsozialisten an die ‚deutsche Frau‘ richteten. Doch schon allein innerhalb dieser Geschlechterideologie gab es Differenzen, da die Definition von Geschlecht während der einzelnen Phasen der NS-Herrschaft keineswegs gleich blieb, sondern den jeweiligen politischen Erfordernissen angepasst wurde. Eine fundamentale Trennlinie verlief zwischen den als deutsch kategorisierten Frauen und denjenigen, die nicht der ‚rassischen Norm‘ entsprachen. Feiner nuanciert waren die Differenzen innerhalb der als ‚deutsch‘ kategorisierten Frauen selbst. Abhängig von ihrer Sozialisation sowie politischen, ethischen und persönlichen Einstellung konnten sie zur Zeit des Nationalsozialismus Täterinnen, Opfer, Mitläuferinnen, Widerstandskämpferinnen sein oder sich dem Regime durch Alltagsdissens entgegenstellen. Während im vorliegenden Buch die Handlungsräume von Frauen eingehend untersucht werden, bleibt der Bereich der Symbolpolitik etwas unterrepräsentiert. So wird nicht ausreichend thematisiert, wie Geschlechterbilder innerhalb der Propaganda eingesetzt wurden. Indem die Analyse von Lebenssituationen und Propaganda nur marginal miteinander verknüpft wird, verliert man ein wichtiges Forschungsfeld. Dennoch liegt hier ein lesenswerter Beitrag zur Geschlechterforschung zum Nationalsozialismus vor. Historisch genau recherchiert und sensibel gearbeitet gibt dieser Band einen breiten Einblick in das Leben von Frauen im ‚Dritten Reich‘ am Beispiel Oberdonau, wobei zugleich Aufschluss gegeben wird über die Bedeutung der Kategorie Geschlecht in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nach 1945.

*Elke Frietsch, Wien*

Eva Sänger, **Begrenzte Teilhabe. Ostdeutsche Frauenbewegung und Zentraler Runder Tisch in der DDR** (Politik der Geschlechterverhältnisse; 29), Frankfurt a. M./New York: Campus 2005, 369 S., EUR 41,10, ISBN 3-593-37847-7.

Die begrenzte Teilhabe bezieht sich nicht so sehr, wie denkbar wäre, auf die Grenzen der Frauenemanzipation im realen Sozialismus der DDR, sondern, wie beim Lesen deutlich wird, gerade auch auf den zivilgesellschaftlichen Aufbruch der Frauenbewegung im Umbruch von 1989/90. Die Untersuchung zeichnet diesen Aufbruch nach. Ihre Grundlage sind Zeitzeugeninterviews mit den Akteurinnen der informellen Frauenbewegung und des in der Wende gegründeten *Unabhängigen Frauenverbandes* (UFV); die Verfasserin wertet aber auch systematisch die Protokolle des *Runden Tisches* aus, der als

revolutionäres Organ zwischen Dezember und März Parlamentsfunktionen erfüllte. Ergebnis ist ein außerordentlich dichtes Bild jenes ereignisreichen halben Jahres vom demokratischen Sturz der Parteiherrschaft im Herbst 1989 bis zu der Volkskammerwahl am 18. März 1990, die das Ende der eigenständigen Bürgerbewegungen zugunsten des raschen Beitritts zur Bundesrepublik besiegelte.

Ausgangspunkt ist die Erörterung unterschiedlicher Konzepte der Zivilgesellschaft, gestützt vor allem auf Jean Cohen und Andrew Arato.<sup>1</sup> Wesentlich für den Gang der Untersuchung ist der Hinweis auf den mittelosteuropäischen dissidentischen Diskurs, in dem die marktwirtschaftlichen, neokorporatistischen Elemente weitgehend fehlten. Hier wollte die Bürgerbewegung einen staatsfreien Raum für gesellschaftliche Selbstorganisation erobern, um Menschen- und Bürgerrechte im Geist der Aufklärung zu erreichen, ohne sozialistische Ideale von Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit preiszugeben. Aus diesem Diskurs wuchs das Konzept einer machtfernen, moralischen „Antipolitik“ (Vaclav Havel) oder einer „sich selbst begrenzenden Revolution“ (Jacek Kuroń). Solche sich selbst begrenzende Antipolitik kann selbst unter idealen demokratischen Verhältnissen nur zu begrenzter Teilhabe führen, unter realen Bedingungen muss sie diese verfehlen. Auch die ostdeutsche Frauenbewegung war diesem ostmitteleuropäischen Diskurs sichtlich verpflichtet.

Im zweiten Kapitel werden die informellen Frauenbewegungen vorgestellt, die sich in den achtziger Jahren in rund hundert Gruppen über das ganze Land verstreut bildeten und vernetzten. Drei Strömungen waren relevant: die älteren kirchlichen Frauengruppen, die Bewegung *Frauen für den Frieden* und die Lesbengruppen. Sie alle trafen sich unter dem Dach der evangelischen Kirchen in der DDR, der einzigen nicht-staatlichen legalen Institution, die oppositionellen Bewegungen einen Schutzraum bot. Während die kirchlichen Gruppen sich für eine stärkere Vertretung von Frauen und Frauenthemen in den kirchlichen Institutionen einsetzten und westliche feministische Theorien begrenzt rezipierten, war das Geschlechterverhältnis für die Lesbengruppen zentral. Sie attackierten die patriarchalische, familienzentrierte Politik von Staat und Partei und die Repressionen gegen gleichgeschlechtliche Lebensformen. Dabei setzten sie sich auch von jenen Gruppen ab, die Homosexuelle vertraten, in denen aber Männer dominierten. Die Bewegung *Frauen für den Frieden*, die von Katja Havemann und Bärbel Bohley angesichts des neuen Wehrdienstgesetzes von 1982 ins Leben gerufen wurde, stand feministischen Ansätzen fern. Sie wandte sich zwar speziell gegen die Einbeziehen der Frauen in die Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens in der DDR, verfolgte aber zugleich grundsätzliche friedenspolitische Ziele und die Durchsetzung zivilgesellschaftlicher Freiheitsrechte. Die Verfasserin benennt die Ziele in dieser Reihenfolge: Gleichheit, Antifaschismus, Frauenemanzipation, Frieden. Dies fügte sich in den ostmitteleuropäischen Zivilgesellschafts-Diskurs und nicht in den westlichen Feminismus ein. Die *Frauen für den Frieden* waren personell mit der dissidentischen

<sup>1</sup> Jean Cohen u. Andrew Arato, *Civil Society and Political Theory*, London 1994.

*Initiative für Frieden und Menschenrechte* verflochten. Die Autorin wertet zu Recht die informellen Frauengruppen ungeachtet ihrer geringen Mitgliederzahl und schwachen Verwurzelung in der Bevölkerung als Bewegung und trotz der keineswegs anti-sozialistischen Zielsetzungen als Opposition. Denn der subversive Charakter folgte nicht aus den Zielen, sondern aus der repressiven, dogmatischen Praxis der Staatsmacht.

Diese informellen Frauengruppen trugen indessen nicht den Aufbruch der Frauen im Herbst 1989. Ein neuer Akteur betrat die Szene mit der Gründung des *Unabhängigen Frauenverbandes* (UFV) am 3. Dezember in der *Volksbühne*. Initiatorin war die Schauspielerin Walfriede Schmitt. Unter den Tausenden Frauen, die sich spontan einfanden, waren die Mitglieder der bestehenden Frauengruppen in der Minderheit. Das Heft nahmen Akademikerinnen in die Hand, die wie Ina Merkel, die Verfasserin des Gründungsmanifests, aus den sozialwissenschaftlichen Instituten der *Akademie der Wissenschaften* kamen und sich schon wissenschaftlich mit Frauenfragen befasst und feministische Literatur rezipiert hatten. Die informellen Frauengruppen, die sich dem Verband anschlossen, standen fortan eher am Rande der Bewegung. Die Initiative *Frauen für den Frieden* und andere oppositionelle Frauengruppen organisierten sich nicht im UFV, sondern in anderen Bürgerbewegungen. Dieser Gründungsprozess, in dem bisher kaum politisch aktive Frauen aus der Situation heraus zu Protagonistinnen einer für kurze Zeit einflussreichen Bewegung wurden, wird anhand der Interviews anschaulich. Dieses dritte Kapitel ist das Glanzstück des Buches, wie die Formierung des UFV der dramatische Höhepunkt der Frauenbewegung in der DDR war. Die Autorin thematisiert auch die Demokratiedefizite, die sich aus der situationsbedingten Notwendigkeit ergaben, ohne demokratische Willensbildung Entscheidungen zu treffen und ad hoc kaum legitimierte Vertreterinnen in die Gremien und Institutionen der Wendezeit zu entsenden. Ein enger Berliner Führungszirkel musste ohne Rückkoppelung mit den Frauengruppen im Land agieren. Auch dies war ein Grund für die Kurzlebigkeit des UFV.

Das Programm des UFV lässt sich als sozialistischer Feminismus charakterisieren. Es ging um die transformatorische Ausgestaltung des sozialistischen Systems im Sinne der umfassenden Gleichstellung der Geschlechter und der vollen Teilhabe der Frauen an der Macht in Staat und Gesellschaft. Welche Chancen hatte ein sozialistischer Feminismus – unabhängig vom historischen Verlauf, der in den Untergang des Sozialismus führte? Die DDR-Frauenbewegung wurzelte wie der westliche Feminismus in einem überwiegend linken intellektuellen Milieu. Die realsozialistische Gesellschaft war jedoch, nach der treffenden Begriffsprägung von Wolfgang Engler, eine „arbeiterliche“. Die Vereinbarkeit von Berufsarbeit, Familie und Mutterschaft war im „arbeiterlichen“ Wertekanon verankert. Dieser Wertekanon schloss die Ablehnung von Individualismus und familienfremden Lebensformen ein. Aus Perspektive der meisten Frauen erschien so Selbstverwirklichung in pluralistischen Lebensformen und beruflichem Aufstieg in Führungspositionen als Luxusproblem von Akademikerinnen. Für die Mehrheit stand die Erleichterung jener Vereinbarkeit durch Überwindung der sozialistischen Mangelwirtschaft, durch bessere Infrastruktur und haushaltsnahe Dienstleistungen sowie durch

bessere Kinderbetreuungseinrichtungen (das jüngere Schulalter blieb ein Schwachpunkt) im Vordergrund. Legt man den Wertekanon der „arbeiterlichen Gesellschaft“ zugrunde, war in der DDR tatsächlich ein weit höheres Maß an Gleichstellung erreicht als in der Bundesrepublik, im Unterschied zur Wertung der Autorin (52). Die westliche feministische Kritik an der realsozialistischen „Mutti-Politik“ (114, 139) ging an der Lebenswirklichkeit der „arbeiterlichen Gesellschaft“ vorbei. Ein sozialistischer Feminismus hätte die Kluft überbrücken müssen, die zwischen dem „arbeiterlichen“ familienzentrierten Kollektivismus einerseits und dem emanzipatorischen Individualismus der postmodernen Gesellschaft besteht.

Der Platz des *UVF* im Kreis der Bürgerbewegungen am *Runden Tisch* war nicht selbstverständlich, sondern musste gegen das Argument der Doppelmitgliedschaft erkämpft werden, denn führende Vertreterinnen waren zugleich Mitglied der *Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands* (SED). Es war eine Ironie der Wende-Geschichte, dass dies gemeinsam mit dem *Freien Deutschen Gewerkschaftsbund* (FDGB) gelang, der nun – obwohl bislang staatstragender „Transmissionsriemen der Partei“ – als Vertreter der Arbeiterinteressen am *Runden Tisch* akzeptiert wurde. Auch der *Unabhängige Frauenverband* sah sich hier mit den sozialen Problemen der Frauen im beginnenden Transformationsprozess konfrontiert und musste die sozialen Rechte von Frauen gegen Sozialabbau verteidigen – die Modrow-Regierung hatte ausgerechnet die Subventionen für Kinderbekleidung gestrichen. Der *Runde Tisch* wie der *Unabhängige Frauenverband* waren jedoch zu kurzlebig, um einen sozialistischen Feminismus entwickeln und erproben zu können.

Die Verfasserin zeichnet im vierten, umfangreichsten Kapitel des Buches den Weg des *Runden Tisches* vom Zentrum des Geschehens zur Marginalisierung im von außen – aus den Machtzentren der Bundesrepublik – gesteuerten Vereinigungsprozess quellengesättigt und genau nach. Sie charakterisiert diese Institution der Bürgerbewegung schließlich zutreffend als „schwache Öffentlichkeit“, die im vorgezogenen Wahlkampf auch das Interesse der Bevölkerung verlor. Der *Unabhängige Frauenverband* konnte am *Runden Tisch* keine eigenständige Politik mehr vertreten. Die Wende in der Wende von der demokratischen zur nationalen Frage bescherte ihm das gleiche Schicksal wie den übrigen ökologischen und zivilgesellschaftlichen Bürgerbewegungen. Wie diese war er entschiedener Gegner der Vereinigung. Als die alten und neuen Parteien, die ihre Schirmherren im Westen gefunden hatten, die Beschlüsse des *Runden Tisches* missachteten und den Wahlkampf mit westdeutschen Rednern und westdeutschen Geldern führten, war das Schicksal der DDR-Bürgerbewegungen besiegelt. Nach dem Wahlfiasco vom 18. März zogen sich die meisten Protagonistinnen des *UVF* aus der Politik zurück. Als im ostdeutschen Transformationsprozess die soziale Frage wieder in den Vordergrund trat, spielte der Verband keine Rolle mehr.

Abschließend beantwortet Eva Sänger die Frage nach dem Scheitern der ostdeutschen Frauenbewegung konsequent im Zusammenhang des allgemeinen Scheiterns der Bürgerbewegungen: Angesichts der materiellen Orientierung der Bevölkerung auf

die Verheißungen der westlichen Marktwirtschaft waren die linksintellektuellen, gegenkulturellen Bürgerbewegungen ohne Mobilisierungspotential. Diese Erklärung schiebt den ‚Schwarzen Peter‘ allerdings wie so oft der ostdeutschen Bevölkerung zu, die Bananen statt Selbstbestimmung gesucht und gefunden habe. Die Schuldigen, oder richtiger: die Gründe sind doch anderswo zu suchen. Die Autorin hat ja in ihrer Untersuchung gezeigt, wie schwach die ostdeutsche Frauenbewegung sozial verwurzelt war, was nicht nur der Repression durch die realsozialistische Diktatur, sondern auch ihrem speziellen intellektuellen Milieu geschuldet war. Entscheidend war jedoch die Übermacht der bundesdeutschen Staats- und Gesellschaftsordnung, die in diesem historischen Moment als eindeutiger Sieger der Geschichte da stand und im Vereinigungsprozess alle ostdeutschen Assoziationen und Institutionen aufzog oder auslöschte. So war auch für eine ostdeutsche Frauenbewegung kein Raum mehr. Eine wirksame Organisation der ostdeutschen Frauen hätte jedoch deren spezielle Interessen und Nöte im Transformationsprozess artikulieren können, denn vor allem sie waren neben den Industriearbeitern die Verlierer. Und eine solche Organisation hätte die Erfahrungen der DDR-Frauen in die Debatten um eine moderne Frauen- und Familienpolitik in Deutschland einbringen können, Erfahrungen einer ambivalenten Emanzipation, die nun vor allem in den Büchern von Brigitte Reimann, Irmtraud Morgner, Sigrid Damm und vielen anderen Schriftstellerinnen des untergegangenen Landes aufgehoben sind.

Das Buch von Eva Sänger ist ein unverzichtbarer Beitrag zur Geschichte der Wende in der DDR. Es gibt Anstöße zur noch weitgehend fehlenden Debatte über Feminismus in Ostmitteleuropa und zur Wirkungsweise zivilgesellschaftlicher Bürgerbewegungen im Transformationsprozess. Das umfangreiche Literaturverzeichnis bietet einen guten Ausgangspunkt weiterer Forschungen. Die Ergänzung durch ein Register wäre wünschenswert gewesen.

*Helga Schultz, Berlin*